

Kunststoffverpackungen aus dem dualen System werden kaum nach Asien exportiert

Anteil liegt im unteren einstelligen Prozentbereich / VKU für Exportverbote

Deutschland exportierte im vorigen Jahr etwas mehr als 1,0 Mio Tonnen Kunststoffabfall. Nach dem Wegbrechen Chinas haben sich die Exportwege geändert – nur noch 433.000 Tonnen gingen in die asiatischen Länder wie z.B. Malaysia, Indien und Vietnam. 2017 waren es noch 642.000 Tonnen von 1,22 Mio Tonnen bei einem inländischen Kunststoffabfallaufkommen von schätzungsweise rund 6,0 Mio Tonnen.

Zahlreiche Medien rückten in den vergangenen Wochen deshalb vor allem Exporte von Kunststoffverpackungsabfällen nach Asien in den Fokus. In Ländern wie Malaysia, Vietnam oder Indonesien würden diese Kunststoffverpackungen nicht oder nur unzureichend recycelt.

Das Duale System, das für die Entsorgung der in gelben Tonnen oder Säcken erfassten Kunststoffverpackungen zuständig ist, fand sich in den negativen Schlagzeilen. Das deutsche System fusse auf einer „Recyclinglüge“ und sei eine „Mogelpa-

ckung“, soweit die Vorwürfe. Die Systembetreiber weisen dies zurück: Man könne vollständig dokumentieren, dass die aktuellen Berichte zum Export von Kunststoffabfällen nicht den Verantwortungsbereich der Systembetreiber betreffen, erklärte die Gemeinsame Stelle der Dualen Systeme.

Welche Mengen an Kunststoffverpackungsabfällen aus dem Dualen System in diese Länder tatsächlich exportiert wurden, ist bislang kaum öffentlich bekannt. EUWID liegen inzwischen Zahlen von den meisten Systembetreibern vor, die ihre Mengenstromnachweise geprüft haben. Ergebnis: Die Exporte an Kunststoffabfall aus dem Dualen System nach Asien spielen fast keine Rolle. Im Schnitt dürften zuletzt deutlich weniger als zwei Prozent von rund 1,2 Mio Tonnen Kunststoff aus dem Dualen System nach Asien exportiert worden sein.

Die dualen Systeme Belland Vision, DSD und Interseroh haben nach eigenen Angaben 2017 im

► Fortsetzung auf Seite 2

„Klärschlammverordnung enthält Unstimmigkeiten bei P-Rückgewinnung“

In der novellierten Klärschlammverordnung gibt es rechtliche Unstimmigkeiten hinsichtlich der Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm. Das habe eine LAGA Ad-hoc Arbeitsgruppe bei Arbeiten an der Vollzugshilfe festgestellt. ► Seite 7

Fehlende Altpapiernachfrage von Arjowiggins-Werken wirkt auf Preise

Das Sanierungsverfahren von Arjowiggins hinterlässt seine Spuren auf dem Altpapiermarkt in Frankreich. Das Unternehmen ist ein wichtiger Abnehmer einiger Sorten, die nun in Folge der Produktionsunterbrechungen deutlich sanken. ► Seite 17

Klößner will „vereinte Kraftanstrengung“ gegen Verschwendung von Lebensmitteln

Die Bundesregierung will Verbraucher und Wirtschaft dafür gewinnen, weniger Lebensmittel auf den Müll zu werfen. Laut Ernährungsministerin Julia Klößner gehe es um eine „vereinte Kraftanstrengung“ aller Akteure. ► Seite 20

Niederlande schließt Kunststoffpakt: Weniger Kunststoffe und mehr Recycling

Weniger Kunststoffe und mehr Kunststoff-Recycling sind die Ziele des neuen Plastikpakts in den Niederlanden. Die Vereinbarung wurde von 75 Unternehmen und Umweltorganisationen mit dem Umweltministerium unterzeichnet. ► Seite 23

INHALT

WIRTSCHAFT

bvse kritisiert Einigung zu DecaBDE-Grenzwert	2
bvse fordert Beteiligung der Hersteller an Kosten für Altgerätesammlung	3
CEPI: Etwas mehr Altpapier im letzten Jahr eingesetzt	4
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen bei Leerfahrten mautfrei	5
EVO will im April mit Bau der Klärschlammanlage beginnen	6
Streit um geforderte Lagerhalle der Grube Teutschenthal hält an	9
Großes Potenzial für Verwertung von Reststoffen im Papierbereich	10
Nelles sieht großes Potenzial für Abfallwirtschaft in China	12
Schönackers: Umsatz wächst durch Zukäufe	13

MÄRKTE

Preisbericht für Altmetalle	15
Markt für Altpapier in Frankreich	17
Markt für NawaRo-Holz	18
Altpapierexporte 2018 um 210.000 Tonnen gesunken	19

POLITIK

Kritik an Bundesregierung wegen EU-Plastikrichtlinie	20
Vorläufige Einigung über POP-Verordnung und Grenzwerte für Flammhemmer	21
Klage gegen Bundesregierung wegen Schaden durch PFT	22

INTERNATIONAL

Brexit: Mit Spanien fehlt noch Einigung über Notifizierungen	24
Entsorgungsaktivitäten von Veolia steigern Jahresumsatz auf 9,6 Mrd €	25
Sonderabfallentsorger Auegan verkauft defizitäre Anlage in Kent	26
Reiche Länder verursachen mehr Abfall, aber weniger Umweltprobleme	28

FORSCHUNG + PRAXIS

TERMINE	31
RECYCLINGBÖRSE	32
FIRMENVERZEICHNIS	39
VERMISCHTES	40

► Fortsetzung von Seite 1

Schnitt etwa zwei Prozent der Leichtverpackungen (Kunststoffe, Metalle und Verbundstoffe) nach Asien exportiert. 13 Prozent der LVP-Menge wurden in Europa verarbeitet und 85 Prozent in deutschen Anlagen.

Weniger als 1 Prozent Kunststoff nach Asien

Die drei Systembetreiber stehen aktuell für 82,5 Prozent der in Deutschland erfassten Leichtverpackungen aus dem gelben Sack oder der gelben Tonne. Wie die drei Systeme über ihre Initiative „geTon“ berichten, sollen die Exporte an LVP nach Asien auch 2018 weiter rückläufig gewesen sein. Nach den Zahlen von zwei der drei Systembetreiber wurden im vorigen Jahr nur noch 0,1 bis 0,3 Prozent der Kunststoffverpackungsabfälle nach Asien zum Recycling ausgeführt.

EUWID liegen zum Teil auch vertrauliche Daten von einer Reihe der kleineren Dualen Systeme vor – darunter Zentek, Redual und Veolia. Das Ergebnis ist nahezu deckungsgleich mit dem der drei großen Systembetreiber. In den Jahren 2016 und 2017 wurden von ihnen entweder keine Kunststoffe nach Asien exportiert oder nur im unteren einstelligen Prozentbereich von ein bis vier Prozent. Die Tendenz für 2018 ist ebenfalls ähnlich: weniger als ein Prozent. Der Exportanteil aller Systeme liegt demnach bei durchschnittlich etwa zehn Prozent, was bedeutet, dass neun von zehn erfassten Kunststoffverpackungen in Deutschland bleiben.

Die offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigen für die letzten Jahre weitgehend diese Angabe der Systembetreiber. Im Jahr 2016 wurden rund 127.400 Tonnen Kunststoffe zum Recycling exportiert, im Jahr zuvor waren es etwa 110.000 Tonnen Kunststoffabfälle.

Zuletzt berichteten Mitte Februar die Wirtschaftswoche und ZDF Frontal21 über illegale Praktiken in Malaysia beim Recycling von Kunststoffabfall aus Deutschland. Nach Recherchen des Wirtschaftsmagazins stammten die aus Deutschland nach Malaysia exportierten Kunststoffverpackungsabfälle vor allem aus Gewerbe und Industrie und nicht aus dem haushaltsnahen Sammelsystem. „Diese Verpackungen sind nie bis in die gelben Tonnen und Säcke der Verbraucher gelangt. Schon die Hersteller müssen sie systematisch entsorgt haben“, berichtete WiWo.

VKU kritisiert Exporte dualer Systeme

Gleichwohl hat der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) die jüngsten Medienberichte zum Anlass genommen, ein Exportverbot für Plastikmüll aus dem Dualen System zu fordern. Um die Quoten zu erfüllen, nutzten die Dualen Systeme auch Exporte, meinte der VKU. Allerdings dürfe Müll aus Deutschland nur ins Ausland gelangen, wenn er dort verwertet wird. Aus Sicht des VKU wäre sogar ein Exportverbot für Verpackungsabfälle zu erwägen, wenn es im Exportland nicht vergleichbare Entsorgungs- und Recyclingstandards gibt.

Kunststoffverwertung Dualer Systeme 2011-2017

Mengen in t	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Lizenzmenge	703.200	719.682	651.499	690.463	971.042	980.895	1.006.000
Verwertungsmenge	1.021.882	1.073.523	1.079.586	1.136.460	1.157.639	1.183.294	1.210.590
davon werkstofflich	396.727	394.819	397.425	422.411	436.356	433.506	455.025
davon rohstofflich	54.719	66.211	53.667	58.747	31.856	40.280	32.307
Verwertungsquote	145,32%	149,17%	165,71%	164,59%	119,22%	120,63%	119,85%
Recyclingquote	56,42%	54,86%	61,00%	61,18%	44,94%	44,19%	45,24%

Quelle: Bundesländer - Auswertung der Mengenstromnachweise

Statt Verpackungen zu verwerten oder eine Wiederverwendung zu ermöglichen, scheinen die Dualen Systeme den Abfall buchstäblich aus dem Sichtfeld zu exportieren, kritisierte der VKU. Das sei nicht Sinn und Zweck des Verpackungsgesetzes. Bei einem Exportverbot müssten die Dualen Systeme ihrer Verantwortung nachkommen und hierzulande in Recyclingverfahren und -technologie investieren.

Die Systeme konnten die werkstoffliche Recyclingquote von 36 Prozent der Verpackungsverordnung für Kunststoffverpackungen in den letzten Jahren durchweg erfüllen. Die Werte reichen von 41 bis 47 Prozent – gemessen an der jeweiligen Lizenzmenge. Nach den EUWID vorliegenden Zahlen wurden 2017 von den damals zehn Systembetreibern 45,2 Prozent oder etwas über 455.000 Tonnen der lizenzierten Kunststoffverpackungen dem Recycling zugeführt. Die Verwertungsquote für Kunststoffe lag bei fast 120 Prozent. Diese hohe Verwertungsquote hat ihre Ursache darin, dass von rund 2,5 Mio Tonnen Sammelmenge an Leichtverpackungen etwa 1,06 Mio Tonnen Kunststoffverpackungen bei den Systemen lizenziert waren. 1,21 Mio Tonnen Kunststoffe – ohne Verbunde – wurden indes aussortiert und in die Verwertung – Recycling und Verbrennung – gegeben. Davon wurden rund 32.000 Tonnen Kunststoffe rohstofflich und rund 717.000 Tonnen energetisch in Müllverbrennungsanlagen oder Ersatzbrennstoff-Kraftwerken verwertet.

Abzuwarten bleibt, ob die Systeme die durch das neue Verpackungsgesetz auf 58,5 Prozent kräftig erhöhte Recyclingquote für Kunststoffe in diesem Jahr erfüllen können. Experten sehen dies wie berichtet skeptisch, auch weil die Sammelqualität im Laufe der Jahre schlechter wurde. Die Systembetreiber müssen im laufenden Jahr die Recyclingmengen bei Kunststoffen kräftig steigern. Bleibt es bei den bisherigen Lizenzmengen, müssten fast 600.000 Tonnen Kunststoffe dem Recycling zugeführt werden.

Die Entsorgungswirtschaft hat dafür bereits kräftig in neue Sortieranlagen investiert. Weitere Investitionen in neue Anlagen sind geplant. Trotz neuer Sortiertechnik und veränderten Sortierkonzepten ist die Erfüllung der gesetzlichen Quoten nicht sicher. Aktuell hat die Branche auch damit zu kämpfen, für einen Teil der Sortierprodukte Absatz bei Verarbeitern zu finden. □

bvse kritisiert Einigung zu DecaBDE-Grenzwert

Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) hat den vergangene Woche auf EU-Ebene erzielten Kompromiss zu Grenzwerten von Flammhemmern in Kunststoffen mit Unverständnis aufgenommen. Kommission, Rat und Parlament hatten sich bei DecaBDE, das als unbeabsichtigte Spurenverunreinigung in Stoffen enthalten ist, auf einen Grenzwert von zehn Milligramm pro Kilogramm (ppm) geeinigt. Für Gemische und Artikel soll ein Grenzwert von 500 ppm für alle bromierten Diphenylether (BDE) zusammen gelten (siehe Bericht auf Seite 21).

Die Aufbereiter von Kunststoffen aus Elektroaltgeräten sehen die Halbierung des Grenzwertes von bisher 1.000 ppm auf nun 500 ppm, ohne dass hierfür eine wissenschaftliche Grundlage oder weitere Folgenabschätzungen bestehen, mit Unverständnis, so der bvse. „Der neue Grenzwert wird das gewünschte Recycling von Kunststoffen aus E-Schrott weiter erschweren“, erklärte bvse-Referent Thomas Probst. Die Recyclingquote werde weiter sinken und noch mehr Plastik müsse thermisch entsorgt werden. „Mit den in der Praxis etablierten Messtechniken wird es schwierig, den neuen Grenzwert sicher einzuhalten. In Folge dessen werden mehr Kunststoffe aussortiert, um den Grenzwert zu garantieren“, so der Kunststoffexperte.

In der Praxis trennen spezialisierte Recycler in einer Kaskade an Verfahren die Kunststoffe aus den Altgeräten auf, führt der Verband weiter aus. Während die Fraktion mit Flammhemmern thermisch verwertet werde, finde der überwiegende Rest, der geringe Anteile an bromierten Flammhemmern enthalten darf, nach einer weiteren Behandlung als Recyclat weitere Verwendung.

Sollten die Grenzwerte tatsächlich in dieser Form geändert werden, rechnen die Verwerter mit steigenden Mengen an Altkunststoffen für die Verbrennung. „Die nun im Verbrennungsmarkt zusätzlich zu erwartenden Mengen verschärfen die Situation der ohnehin knappen Verbrennungskapazitäten noch einmal mehr“, erklärte der für den E-Schrottbereich zuständige bvse-Referent Andreas Habel. □